

Haushaltsrede 2024
„Löhne ist Pleite... und Schuld sind immer die anderen“
am 28. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

„the same procedure as last year?“

„Löhne ist Pleite... und Schuld sind immer die anderen“

mit diesen Worten sollte der Bürgermeister seinen Haushalt 2024, für den er als Verwaltungsleiter die Verantwortung trägt, überschreiben. Bereits vor einem Jahr am 22. März 2023 haben wir von der CDU klargestellt „Löhne ist Pleite. Punkt.“ Damals ging ein Raunen durch den Saal und anschließend hieß es aus der Verwaltung und den Reihen der Sozialisten, wie kann die CDU nur so etwas behaupten. Tja, wie konnte sie nur... ganz einfach, weil sie Recht hatte. Heute ein Jahr später stehen wir hier und es ist Realität.

Und wer der Kämmerin bei der Einbringung des Haushalts in der Januarsitzung des Rats wirklich zu gehört hätte, bei dem hätten spätestens an einer Stelle alle roten Lampen angehen müssen. Und zwar bei der Vorstellung der Rücklagen und deren Verbrauch in 2024 sowie den beiden Folgejahren. Zu Beginn des Jahres 2024 verfügt die Stadt Löhne noch über Rücklagen in Höhe von 23,802 Mio. Euro. Davon plant die Kämmerin 7,706 Mio. Euro in 2024 und 9,067 Mio. Euro in 2025 zu verbrauchen. Und dann? Bleiben 7,027 Mio. Euro übrig, die auf Basis der aktuellen Planungen bereits jetzt vollständig im Laufe des Jahres 2026 aufgezehrt werden.

„Löhne ist Pleite. Punkt.“, aber das wussten wir bereits vor einem Jahr.

Und was bleibt der Stadt eigentlich übrig, wenn man „Pleite“ ist? Privatwirtschaftlich entsteht ab diesem Zeitpunkt negatives Eigenkapital und damit die Überschuldung. Und die Folgen... ganz einfach: Die Gesellschafter bzw. die Gesellschaftsvertreter, in diesem Fall der Rat der Stadt Löhne müsste die Überschuldung gem. § 19 Insolvenzordnung feststellen und dann besteht für den Geschäftsführer, in diesem Fall wäre es der Bürgermeister, eine Insolvenzantragspflicht binnen 6 Wochen gemäß § 15a Abs. 1 Insolvenzordnung. Und dann? Die Stadt Löhne müsste ins Insolvenzverfahren, die Fortführung des Geschäftsbetriebs würde geprüft, Standorte und ganze Bereiche würden geschlossen und mit Sicherheit würde ein Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Job verlieren.

Und wie sieht es jetzt bei der Stadt Löhne aus? Kosten sparen?

Nein, lieber nicht. Das merken die Bürger dann immer an geschlossenen Einrichtungen, unsanierten Straßen und das ein oder andere Großbauprojekt und sei es nur zur eignen Denkmallerrichtung möchte man doch auch ganz gerne. Schließlich sind doch im Herbst 2025 wieder Wahlen, man will wiedergewählt werden und da erzählt man den Bürgerinnen und Bürgern lieber, was man alles tolles für sie tut. Ach ja, mit Steuergeld, also dem Geld, dass man vorher bei den Bürgerinnen und Bürgern über Steuerbescheide eingezogen hat. Ja, Sparen ist so eine Sache. Sie ist unangenehm und tut weh.

Stattdessen beglückt uns der SPD-Fraktionsvorsitzende wie im vergangenen Jahr mit seiner SPD-Parteitage, der üblichen Selbstbeweihräucherung zu den Themen, was man alles für die Bürgerinnen und Bürger tut und wie „hervorragend“ die von SPD-Genossen und ehemaligen JUSO-Vorsitzenden durchgesetzte Verwaltungsspitze doch arbeitet.

Nein, meine Damen und Herren, jetzt ist Haushalt angesagt und nachdem ich Ihnen bereits einen ersten Abriss für die Jahre bis 2026 und deren Folgen in der Privatwirtschaft gegeben habe, wollen wir uns nun dem eigentlichen Haushalt, den Investitionen und seinen Folgen widmen.

Um dies zu tun, müssen wir uns zunächst einmal die globale Gesamtsituation anschauen, in der sich Deutschland und vor allem seine Wirtschaft befinden. Global betrachtet befindet sich Deutschland aktuell zwischen den beiden großen Volkswirtschaften China und den USA. In China schwächelt momentan die Konjunktur und aufgrund der Immobilienkrise, in der zuletzt der Immobilienkonzern Evergrande mit 300 Mrd. US \$ untergegangen ist, wird es dort ein Null-Wachstum geben. Die Folge die kommunistische Staatsregierung subventioniert die Industrie, die mit Billigproduktion von Autos bis Solarzellen den Weltmarkt flutet. Auf der anderen Seite die USA, wo der Inflation Reduction Act von US-Präsident Joe Biden mit einem Gesamtvolumen von 737 Mrd. US \$ dafür sorgt, dass viele Industrieunternehmen ihre Investitionen in die USA verlagern.

Und dann wäre da noch der Diktator in Moskau. Derjenige, der seit über zwei Jahren einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ukraine führt. Haben Sie sich eigentlich seine Rede vom 18. Februar 2024 angehört? Nein, vermutlich nicht. Hätten Sie aber. Neben der üblichen Dämonisierung des Westens und Darstellung, dass Russland sich nur verteidigt, war eine Aussage sehr bemerkenswert. Ich lese Sie Ihnen einmal vor: „Während der Westen rund um die Ukraine taktische Positionen beziehe, gehe es für sein Land um Schicksal, um eine Frage von Leben oder Tod.“ Redet so jemand, der plant auch nur darüber nachzudenken, den Krieg zu beenden. Nein, er wird den Krieg fortführen und die Europäer werden noch sehr sehr viel Geld in die Rüstung investieren müssen, dass uns an anderer Stelle fehlen wird.

Und bevor gleich das Wort „Kriegstreiberei“ in den Mund genommen wird, müssen wir uns eine Frage stellen: Was ist die Alternative? Nicht aufrüsten? Keine Waffen an die Ukraine liefern? Damit setzen wir dann die Freiheit und demokratische Ordnung aufs Spiel in der wir alle

groß geworden sind und in der wir leben. Schließlich hat Herr Putin auch hierzu bereits eine Antwort gegeben. Im Interview mit dem rechten US-Journalisten Tucker Carlson am 09. Februar 2024 fällt der entscheidende Satz: „Wir haben kein Interesse an Polen oder Lettland.“ Klingt toll, aber viel wichtiger ist, was er nicht sagt. Was ist mit Estland und Litauen? Sie brauchen nur eine Karte in die Hand nehmen. Estland kann aus russischer Sicht den russischen Zugang zu St. Petersburg sperren und Litauen versperrt über die Suwalki-Linie den russischen Zugang nach Kaliningrad. Estland, Litauen, beides NATO-Länder, beide werden im Fall der Fälle den Artikel 5, die Bestandsverpflichtung des NATO-Vertrags beantragen und damit haben wir etwas, was wir alle nicht wollen: der Bündnisfall

Und was heißt das alles für uns in Löhne?

Ganz einfach, viele der schönen Förderungen aus der Vergangenheit werden wir in Zukunft nicht mehr haben, von vielen Projekten und Annehmlichkeiten werden wir uns verabschieden müssen, weil Deutschland das Geld für Rüstung braucht oder wie es der Bundesverteidigungsminister in seiner Rede am 18. Februar 2024 zum Rüstungsbudget sagte: „Ich weiß nicht, wo wir das Geld finden, aber wir brauchen es. Zwar seien auch Investitionen in Bildung und Infrastruktur nötig, ohne Sicherheit sei aber alles „nichts“.“ (*Zitatende*) Offensichtlich wenigstens einer in der bunten Ampelregierung, der sich noch mit Arbeiten und nicht nur mit Streiten beschäftigt.

Und wo wir schon beim Thema „...Geld finden...“ sind, wollen wir uns doch mal der Einnahmenseite unseres Haushalts widmen. Dort gibt es zwei zentrale Einnahmequellen aus denen sich der städtische Haushalt speist:

- Die Grundsteuer und
- Die Gewerbesteuer

Mit der Grundsteuer hat die Verwaltung eine Quelle, an der bereits zum 01. Januar 2024 kräftig gedreht wurde. SPD und Grüne waren im vergangenen Herbst so „großzügig“ eine 17,5 %-ige Erhöhung zu beschließen, um so dem Steuerzahler ein erstes Mal in die Tasche zu packen. Die Begründung damals: Man hat ja schon seit Jahren den Bürgern nicht mehr in die Tasche gepackt, da muss das schon mal sein. Also, lieber Steuerzahler freue Dich lieber, dass die Verwaltung jahrelang so großzügig war.

Und die nächste Erhöhung bahnt sich nun schon an. Medienwirksam inszenierten sich der Bürgermeister und die Kämmerin in der Zeitung, dass nun 2025 die nächste Grundsteuererhöhung anstände. Schuld daran ist allerdings nicht die Stadt, nein, es ist die CDU-geführte Landesregierung in Düsseldorf; dort werden schließlich die Schlüsselkennzahlen festgelegt. Wie praktisch, hat man schon wieder jemand anderes, der Schuld hat. Nicht wahr Herr „Kollege“ Böhm: Das ist doch ganz „hervooorragend“. Ja, ja, aber leider falsch. Das Grundsteuergesetz

ist kein Landes- sondern ein Bundesgesetz. Das bedeutet, der zuständige Bundesfinanzminister zeichnet für das Gesetz verantwortlich und das war zum damaligen Zeitpunkt nun mal der aktuelle SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz und niemand anderes. Unter seiner Führung stand das Ministerium als dieses Gesetz ausgearbeitet wurde.

Und damit nicht genug. Können Sie sich noch an die schöne Excel-Liste erinnern, die die Kämmerin bei der Einbringung des Haushalts an die Wand geworfen hatte. Haben Sie die oberste Zeile gelesen? Nein, wahrscheinlich nicht. Dort standen schon die Grundsteuererhöhungen für die nächsten Jahre. „10-Prozentpunkte pro Jahr“. Also, es geht weiter mit dem „in die Tasche greifen“ und an der Steuer-schraube drehen. Denn auch Konrad Adenauer wusste schon „Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben wollen.“

Damit kommen wir zur zweiten großen Einnahmequelle: Der Gewerbesteuer.

Kräftige Einnahmequelle? Hm, da gibt es ein Problem. Denn im Gegensatz zur Grundsteuer, die immer sprudelt, ist die Gewerbesteuer eine ergebnisabhängige Steuer. Sprich, sie hängt direkt von den Betriebsergebnissen der Unternehmen und Gewerbetreibenden ab, die sie bezahlen müssen. Und damit haben wir das Problem. Neben Logistikunternehmen sind die Unternehmen der Küchenmöbelindustrie die größten Gewerbesteuerzahler in Löhne. Und denen geht es gerade gar nicht gut, da insbesondere die Baubranche stark rückläufig ist. Herr Niemeier war so freundlich in der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses diese Entwicklung auch für Löhne zu bestätigen.

Außerdem müsste man nur mal in die Zeitung schauen, um zu wissen, was uns in den nächsten Jahren blüht. Dabei ist es auch egal, ob Sie in die NW oder das Westfalenblatt schauen. Beide machen mit dem gleichen Titel auf: „Küchen-Krise in OWL spitzt sich zu“. Der Verband der deutschen Küchenindustrie bestätigt einen Auftragsrückgang von 14 % und führt aus (ich zitiere): „Die Befürchtung sei, dass sich dieser Rückgang auch im laufenden Jahr weiter fortsetzt.“ Weiter können Sie dann lesen, dass bereits 75 % der Unternehmen in der Küchenindustrie bereits Kurzarbeit machen und der kaufmännische Geschäftsführer von Nolte Küchen, Manfred Wippermann sagt (ich zitiere): „So herausfordernd wie die Zeiten aktuell sind, sind sie in der Tat noch nicht gewesen.“ Wenn der Geschäftsführer mit einem solchen Statement an die Presse geht, braucht man nicht wirklich viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie die Betriebsergebnisse solcher Unternehmen aussehen und damit auch die Gewerbesteuerzahlungen.

Deshalb stellt sich eine Frage: „Herr Bürgermeister, Frau Kämmerin, wie kommen Sie auf die sportliche Idee uns bei der Einbringung des Haushalts Zahlen zu präsentieren, die fest von wieder steigenden Gewerbesteuerereinnahmen in den nächsten Jahren ausgehen. Das ist doch reines Wunschdenken und reine Träumerei.“

Oh, das würde ja bedeuten, dass man sich einschränken müsste. Irgendwie eine blöde Idee, aber damit kommen wir nun zur Ausgabenseite oder wie man es hier in Löhne besser sagen sollte: „Immer man raus mit dem Geld. Wenn man schon keins hat, sollte man es wenigstens kräftig ausgeben.“

Und wo wir schon beim Ausgeben sind, wollen wir doch mal einen Blick auf die Ausgabenseite dieses Haushalts werfen. Bereits im vergangenen Jahr hatte die CDU-Fraktion im ersten Anlauf

die Einsetzung eines Beirats zur Haushaltskonsolidierung beantragt, um so Maßnahmen zu ergreifen, die einer drohenden Insolvenz entgegenzutreten. Dies wurde damals nicht gewollt und auf den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Aber auch dort fand die CDU-Fraktion kein Gehör mit Ihrem Ansinnen, so dass nun wieder ein Jahr vergangen ist, in dem keine Probleme gelöst und die Misere nur größer geworden ist. Und zwar so groß, dass die Kämmerin nun gezwungen ist, einen Haushaltsanierungsplan vorzulegen. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal explizit auf die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. Februar 2024 verweisen. Das bedeutet, dass die bereits beschriebene Excel-Liste kein „nice to have“ mehr ist, sondern zwingend vorgeschrieben und aus dem Gestaltungsspielraum zur Kostenreduzierung nun Zwang wird.

Spannend ist, was die Kämmerin darin aufführt: Die Reduktion der Portokosten, die Verkleinerung des Rats, weniger Schulungen, usw. Ein paar zehntausend Euro hier, ein paar zehntausend Euro da. In Summe sicherlich ein sechstelliger Einsparungsbetrag. Und? Das Haushaltsdefizit liegt bei 13,6 Mio. Euro also einem achtstelligen Betrag und damit liegenden die geplanten Einsparungen um den Faktor 100 neben den wirklich notwendigen Maßnahmen. Eines ist an der Einsparungsliste der Kämmerin allerdings sehr bemerkenswert: Wo sind die beiden größten Positionen:

- Die Kreisumlage und
- Die Personalkosten

An der Kreisumlage lässt sich nun wahrlich wenig ändern, da auch der Kreis notorisch klamm bei Kasse ist und die Kreisumlage vorgegeben wird. Aber die Personalkosten, die liegen nun im direkten Einflussbereich der Verwaltung. Und was hören wir da: „Dort haben wir nur zwei Prozent Steigerung angesetzt in der Hoffnung, dass sich niemand bewirbt.“ Bitte? Die Verwaltung hofft, dass sich niemand bewirbt und erklärt das dann auch noch zum Einsparungsziel. Frau Kämmerin, wenn man so etwas zum Einsparungsziel erklärt, dann muss man das Ziel auch festschreiben. Also muss es heißen: „Der Anstieg der Personalkosten muss im laufenden Haushalt auf 2,00% begrenzt werden.“ Dies wird die CDU-Fraktion auch zur nächsten Ratssitzung beantragen, damit auch etwas Zählbares auf Ihre Einsparungsliste kommt. Und bevor jemand fragt: Ja, es bedeutet Personalabbau. Erinnern Sie sich bitte an den NW-Artikel vom 23. August 2023 mit dem Titel „Mehr als ein Drittel der Mitarbeiter bei der Stadt Löhne gehen bald in Rente“ und einem ausführlichen Statement des Bürgermeisters. Personalabbau über Verrentung, keine betriebsbedingten Kündigungen, keine Abfindungen, besser und eleganter geht es nicht.

Kommen wir also nun zu den nächsten variablen Kosten, die es zu reduzieren gilt: Der Rat, seine Ausschüsse und Beiräte. Natürlich nicht die ganz große Einsparung, aber wenn man schon etwas von anderen fordert, sollte man zunächst bei sich selbst anfangen und Kosten sparen. Die Kämmerin geht von ca. 5.000,- Euro p.a. je eingespartem Ratsmitglied aus. Wir

glauben, dass dieser Wert deutlich höher ist, da dann auch Verwaltungstätigkeiten und -mitarbeiter entfallen können, die eine Menge Zuarbeiten machen. Und wenn wir schon einsparen, sollten wir auch die vielen Beiräte reduzieren oder ganz abschaffen. Dort werden zwar keine Sitzungsgelder gezahlt, aber die Verwaltungsarbeit mit Vor- und Nachbereitung besteht auch hier. Die CDU-Fraktion wird einen entsprechenden Antrag hierzu formulieren. Eins sollte jedoch klar sein, die Einsparungen einer Ratsverkleinerung sind nicht dafür da, in der Verwaltung Stellen für SPD-Genossen oder Stellen für Personen zu finanzieren, in irgendeiner anderen Verbindung mit Dritten in der Verwaltung stehen.

Eigentlich könnten wir nun durch alle variablen Positionen gehen und die Einsparungen herausarbeiten, aber dann würde der Aufsichtsrat im Unternehmen die Funktionen und Arbeiten des Vorstands übernehmen und dann bräuchten wir... naja, das sparen wir uns für die nächste Haushaltsrede.

Kommen wir nun zu den Investitionen, die getätigt werden sollten bzw. müssten, ohne das Geld vorhanden ist. Eins muss uns doch wohl allen klar sein: Eigentlich haben wir kein Geld für irgendwelche Investitionen, so dass es nun gilt, das Notwendigste zu machen, um die Substanz und Funktion zu erhalten, ohne irgendwelche nicht finanzierbaren Großprojekte anzuschieben.

Das größte Thema von allen ist sicherlich das Hallen- und Freibad. Ob es ein neues Bad werden kann? Da muss man sicherlich ein mehr wie großes Fragezeichen hinter machen. Und wenn es ein neues Bad wird, dann sicherlich ein reduzierter Funktionsbau ohne große Extras. Nun gilt es aber erst einmal zu schauen, ob nicht eine Sanierung des bestehenden Hallenbads billiger wäre, auch wenn er in die Jahre gekommen ist und sicherlich etwas Ansehnlicheres wünschenswert wäre.

Aber nicht nur bei Großprojekten, sondern auch bei vielen kleinen Investitionen gilt es in diesem und in den nächsten Jahren den Rotstift anzusetzen. Wir werden uns schlicht vieles nicht mehr leisten können und auch die Förderungen werden versiegen.

Deshalb ist es nun auch unsere Pflicht als Kommunalpolitikerinnen und -politiker den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen: So wie aktuell, wird es nicht weitergehen. Wir werden Verzicht üben müssen, viele auch liebgewonnene Annehmlichkeiten wird es wohl nicht mehr geben. Und was macht die Verwaltung mit freundlichen „hervooorragend“-Rufen der SPD-Genossen? Weiter wurschteln, das Geld zum Fenster rauswerfen und hoffen, dass man es irgendwie durch die nächste Kommunalwahl im Herbst 2025 schafft.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Wir haben einen Haushalt, der auf der Einnahmenseite aus Wunschdenken besteht und der eventuellen „Hoffnung auf bessere Zeiten“ geprägt und einer Ausgabenseite, bei der nach wie vor kein Ansatz gefunden wurde, wirkliche Einsparungen bei den großen Positionen zu schaffen. Klar, dass man dann mit 13,6 Mio. Euro Verlust

plant und ich verspreche Ihnen, dass ist noch nicht das Ende der Verluste. Aus diesem Grund lehnt die CDU-Fraktion den vorgelegten Haushalt ab.

Wir müssen als Politiker endlich wieder Verantwortung übernehmen für eine solide Haushaltspolitik übernehmen und aufhören, mit dem Geld um uns zu werfen, als wenn es kein Morgen gibt.

Ich danke Ihnen.

gez. Prof. Dr. Maik Büssing

- Fraktionsvorsitzender -